

Artikel vom 31.03.2022



Bei der Mitgliederversammlung der Kommunpolitischen Vereinigung der CSU im Luisenburg Resort in Wunsiedel wurden ein neuer Vorstand gewählt. Der Wunsiedler Bürgermeister Nicolas Lahovnik übernimmt nun das Amt des KPV Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind die Marktredwitzer Kreisrätin Silvia Müssel und Landrat Peter Berek.

v.Li. CSU-Kreisvorsitzender Martin Schöffel MdL, Landrat Peter Berek, 2. Bürgermeister Jens Büttner aus Kirchenlamitz, Kreisrätin Silvia Müssel aus Marktredwitz, der neue KPV Kreisvorsitzende und Wunsiedler Bürgermeister Nicolas Lahovnik, Stadtrat Christian Schill aus Weißenstadt, Gemeinderat Georg Beer aus Röslau, JU Kreisvorsitzende Frank-Robert Kilian und Bürgermeister Helmut Voit aus Nagel bilden den neuen Kreisvorstand der Kommunpolitischen Vereinigung der CSU im Landkreis Wunsiedel i.F.

Die Kommunpolitische Vereinigung führt die kommunalen Mandatsträger der Region zusammen und vertritt die Anliegen der Städte und Gemeinden, Landkreise und Bezirke gegenüber den Mandatsträgern in Bund, Land und Europa. Gleichzeitig fördert die KPV den wichtigen Erfahrungsaustausch zwischen den kommunalen Körperschaften und unterstützt wichtige Projekte.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Christian Schill (Weißenstadt), Jens Büttner (Kirchenlamitz), Helmut Voit (Nagel), Frank-Robert Kilian (Marktredwitz) Georg Beer (Röslau), Sabrina Kaestner (Marktleuthen) Caroline Kammerer (Wunsiedel) und Michael Galimbis (Bad Alexandersbad).

Bezirksgeschäftsführer Reinhold Rott, der auch die Wahlen leitete, überbrachte die Grüße des KPV Bezirksvorsitzenden Karl-Philip Ehrler.

"Ich freue mich auf die Aufgabe als Kreisvorsitzender", so Nicolas Lahovnik. "Die KPV ist das ideale Netzwerk, um einerseits gemeinsam vor Ort gemeinsam und interkommunal für die Menschen direkt in der Lebensrealität etwas zu bewegen. Zum anderen ist sie auch gegenüber Bund und Land, aber auch innerhalb der CSU ein ganz wichtiges Sprachrohr für die Belange der Kommunen. Das gilt sowohl für kommunale Themen im Allgemeinen, wie etwa die Verantwortung bei der Umsetzung staatlicher Vorgaben wie Krippen- oder Hortanspuch, Finanzierung gemeindlicher Infrastruktur vor dem Hintergrund von Förderkulissen, die der Baupreisentwicklung hinterherhinken, oder auch der lokalen Umsetzung der Energiewende, ebenso wie für Themen der oberfränkischen Kommunen im speziellen, beispielsweise in Fragen der Stabilisierungshilfen, der Städtebauförderung, der Förderoffensive Nordostbayern oder der Notwendigkeit, bei der Landesentwicklungsplanung nicht abgehängt zu werden."

Landrat Peter Berek forderte die Entschlackung von bürokratischen Hemmschuhen im Vergaberecht. „Wir können keinen Mittelstand und kein Handwerk in der Region fördern, wenn überbordende Auflagen bei den Ausschreibungen für Gewerke nicht mehr eingebracht werden

können“.

CSU-Kreisvorsitzender Martin Schöffel dankte den heimischen Kommunalpolitiken für ihr großes Engagement in den vergangenen Krisenjahren. Er verwies auf die Leistungen des Freistaates für die Kommunen und sagte zu, sich besonders für die Fortführung der Stabilisierungshilfen einsetzen. „Die Stabilisierungshilfen haben zu einer echten Entschuldung vieler Kommunen geführt. Aber es muss auch investiert werden. Hierzu haben wir die Säule 2 der Stabihilfen geschaffen. Nur eine entsprechende Finanzunterstützung, die individuell nach den Situationen vor Ort ausgelegt ist, kann den Kommunen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben, insbesondere der Pflichtaufgaben, wirksam helfen.“